

EU-Ausschuss diskutiert Gasspeicher-Verordnung: Kompromiss in Sicht!

Der EU-Ausschuss des Bundesrats beriet am 9. April 2025 über die Verlängerung der Gasspeicher-Verordnung zur Sicherstellung der Energieversorgung.



Nachrichten AG

Haidach, Österreich - Am 9. April 2025 beriet der EU-Ausschuss des Bundesrats über den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Verlängerung der Gasspeicher-Verordnung. Der aktuelle Rechtsrahmen, der ursprünglich als EU-Notfallverordnung 2022 erlassen wurde, erfährt nun Überlegungen zur Ausweitung, da er Ende des Jahres ausläuft. Gemäß der bestehenden Regelung müssen unterirdische Gasspeicher bis zum 1. November zu 90 % gefüllt sein, wobei konkrete Zwischenziele für die Monate Februar, Mai, Juli und September festgesetzt sind. Die Kommission plant keine inhaltlichen Änderungen, sondern fokussiert sich auf eine Verlängerung dieser Vorgaben bis Ende 2027, um die Energieversorgungssicherheit in der EU zu gewährleisten und

Stabilität im europäischen Gasmarkt zu fördern, wie germany.representation.ec.europa.eu berichtet.

In den Beratungen äußerten mehrere Mitgliedstaaten, darunter Österreich, den Wunsch nach mehr Flexibilität bei den Befüllungszielen. Ein Experte des Wirtschafts- und Energieministeriums glaubt, dass ein Kompromiss in den laufenden Verhandlungen auf europäischer Ebene in Aussicht sei. Die Verlängerung dieser Verordnung wird als notwendig erachtet, um Marktspekulationen vorzubeugen, insbesondere angesichts der geopolitischen Lage, die eine hohe Gasreserve erfordert, um Sabotageakte an Pipelines zu verhindern.

Sicherheit der Energieversorgung im Fokus

Der Füllstand der Gasspeicher in Österreich liegt derzeit bei etwa 45 %. Erdgas bleibt ein zentraler Bestandteil des Energie-Mixes, insbesondere für die Stromerzeugung. Die Speicheranlagen der EU tragen entscheidend zur Versorgungssicherheit bei, indem sie 25 bis 30 % des Winterverbrauchs decken und somit die Notwendigkeit zur zusätzlichen Gasimportierung verringern.

Deutschland ist in diesem Kontext stark in internationale Märkte eingebunden und weist eine Importquote von 95 % bei Erdgas auf. Der Schutz der Energieinfrastruktur ist notwendig, um diese gegen verschiedenste Bedrohungen wie Sabotage und Extremwetterereignisse abzusichern. Zudem wird hervorgehoben, dass der Staat aktiv intervenieren muss, wenn der Markt selbst keine ausreichende Energieversorgung gewährleisten kann, so bmwk.de.

Die Europäische Kommission hebt die Wichtigkeit der Gasspeicherung hervor, um Versorgungsunterbrechungen zu vermeiden. Kommissar Dan Jørgensen betont, dass die Mitgliedstaaten die aktuellen Marktbedingungen bei der Auffüllung der Gasspeicher berücksichtigen sollten, um Verzerrungen im Markt zu vermeiden. Diese Diskussionen und

Vorbereitungen auf die kommenden Winter zeigen die Dringlichkeit, mit der die EU-Staaten auf die Herausforderungen der Energieversorgungssicherheit reagieren müssen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Haidach, Österreich
Quellen	• www.ots.at • germany.representation.ec.europa.eu • www.bmwk.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at